

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

22.11.2023

Inhalt

EWN

1 Atom-Strom aus der Lubminer Heide <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.11.2023</i>	3
2 Ausstieg aus dem Atomausstieg: Schweden baut jetzt zehn neue Atomkraftwerke <i>fr.de (Frankfurter Rundschau), 21.11.2023</i>	6
3 AKW Brunsbüttel: Abbau in neuer Phase <i>Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger, 22.11.2023</i>	8

 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.11.2023 | S. 10

 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

 Eckard Oberdorfer

Atom-Strom aus der Lubminer Heide

Vor 50 Jahren ging das Kernkraftwerk Nord ans Netz / Der Greifswalder Herbert Lafery war dabei

GREIFSWALD/LUBMIN. Vor 50 Jahren, am 3. Dezember 1973, begann der Probetrieb des ersten Blocks des KKW Nord bei Lubmin. Geplant waren insgesamt acht mit einer Leistung von je 440 Megawatt - bezogen auf die Größe hätte das Werk am Ende zur Weltspitze gehört. Der Jubel im deutschen Osten war groß, die DDR setzte voll auf die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Nutzung der bei der Spaltung von Urankernen freiwerdenden Wärme. Damit wollte sie ihre Energieprobleme lösen, weitere KKW sollten bei Stendal und Leipzig entstehen. Diese Politik scheiterte, weil nach der Inbetriebnahme von Block 4 im Jahre 1979 kein weiterer Reaktor dauerhaft Strom lieferte. Mehrere Milliarden Mark der DDR wurden seit 1967 in der Lubminer Heide in das einzige große Kernkraftwerk des Arbeiter- und Bauernstaates investiert. Der Standort etwa in der Mitte zwischen Wolgast und Greifswald war unter anderem ausgewählt worden, weil genug Kühlwasser zur Verfügung stand, der Boden wenig ertragreich war und bei einem Störfall

vergleichsweise wenige Menschen betroffen worden wären. Das Kraftwerk entstand auf der Grundlage eines Regierungsabkommens mit der Sowjetunion, in dem der Import kompletter Kraftwerke festgeschrieben wurde.

Gebaut wurden Druckwasserreaktoren. Das heißt, das Wasser im Reaktor mit dem Uran-brennstoff wurde im Primärkreislauf so unter Druck gesetzt, dass es nicht siedete. Die entstandene Wärme nutzte man im Sekundär-kreislauf für die Erzeugung von Dampf, um Turbinen anzutreiben und damit letztlich zur Erzeugung von Elektroenergie. Um die Lagerung abgebrannter Brennstäbe musste man sich vor 50 Jahren keine Sorgen machen. Diese wurden in den 1970er Jahren ohne großes Aufsehen in die UdSSR gebracht. Als am 17. Dezember 1973 erstmals Strom im Beisein des damaligen Staatsratsvorsitzenden Willy Stoph (SED) und des Ministers für Energiewirtschaft und Elektrifizierung der Sowjetunion Pjotr Stepanowitsch Naporishni ins Netz floss, hatten Betriebe und Ein-

richtungen in Greifswald geflaggt. Ein Brief mit Sonderstempel erschien, das Theater führte aus Anlass der Inbetriebnahme die Gegenwarts-komödie „Einzug ins Schloss“ auf. Stoph und Naporishni beschworen beim „Kampfmeeting“ in Lubmin vor etwa 2000 Teilnehmern die Freundschaft der Bruderstaaten.

„Die Menschheit ersehnt sich die friedliche Nutzung des Atoms. In der Lubminer Heide ist dieser Wunsch ein weiteres Mal Wirklichkeit geworden“, hieß es in der OSTSEE-ZEITUNG damals. Und das vorfristig, verkündete die sozialistische Presse. Herbert Lafery (Jahrgang 1936) bezweifelt das. Denn in der Regel sei in „der Presse“ der Mund zu voll genommen worden. Der Diplomingenieur war damals als Oberschichtleiter in der Produktion für den Betrieb verantwortlich. Die erste Netzschaltung ist ihm nicht sonderlich deutlich in Erinnerung geblieben. „Es war unsere Arbeit“, begründet er. Als Block 1 in Lubmin erstmals regelmäßig Strom produzierte, arbeiteten dort mehr als 6000 Bau- und Montagearbeiter. Die Investitionen im Vorfeld waren enorm.

Da die Mitarbeiter vorzugsweise in Greifswald leben sollten, wurde bis 1969 die Straße Greifswald-Kemnitz-Brünzow-Lubmin ausgebaut. Eine neue Eisenbahnlinie direkt zum Werk ab Bahnhof der Hansestadt - seit 1970 mit eigenem Gleis - über Greifswald Süd nahm im selben Jahr den Betrieb auf. Die Ansiedlung Tausender Mitarbeiter erforderte große Anstrengungen im Wohnungsbau. Neue Stadtteile entstanden, als erster Schönwalde I. Herbert Lafery ist ein DDR-Kernkraftwerker der ersten Stunde. Er gehörte zum ersten Jahrgang für Kernkraftwerksingenieure in Zittau. Er war schon bei Bau und Betrieb des ersten deutschen KKW in Rheinsberg dabei. In der BRD gab es noch keines. Herbert Laferys Lebenslauf hört sich an wie aus einer DDR-Werbe-broschüre. Er stammt aus Bremen. Sein Vater, ein ungelerner Arbeiter wurde 1930 KPD-Mitglied. Sohn Herbert wurde 1951 FDJ-Mitglied und mit 20 Jahren trat er der SED bei. Trotzdem wurde Herbert Lafery bis zum Ende der DDR von

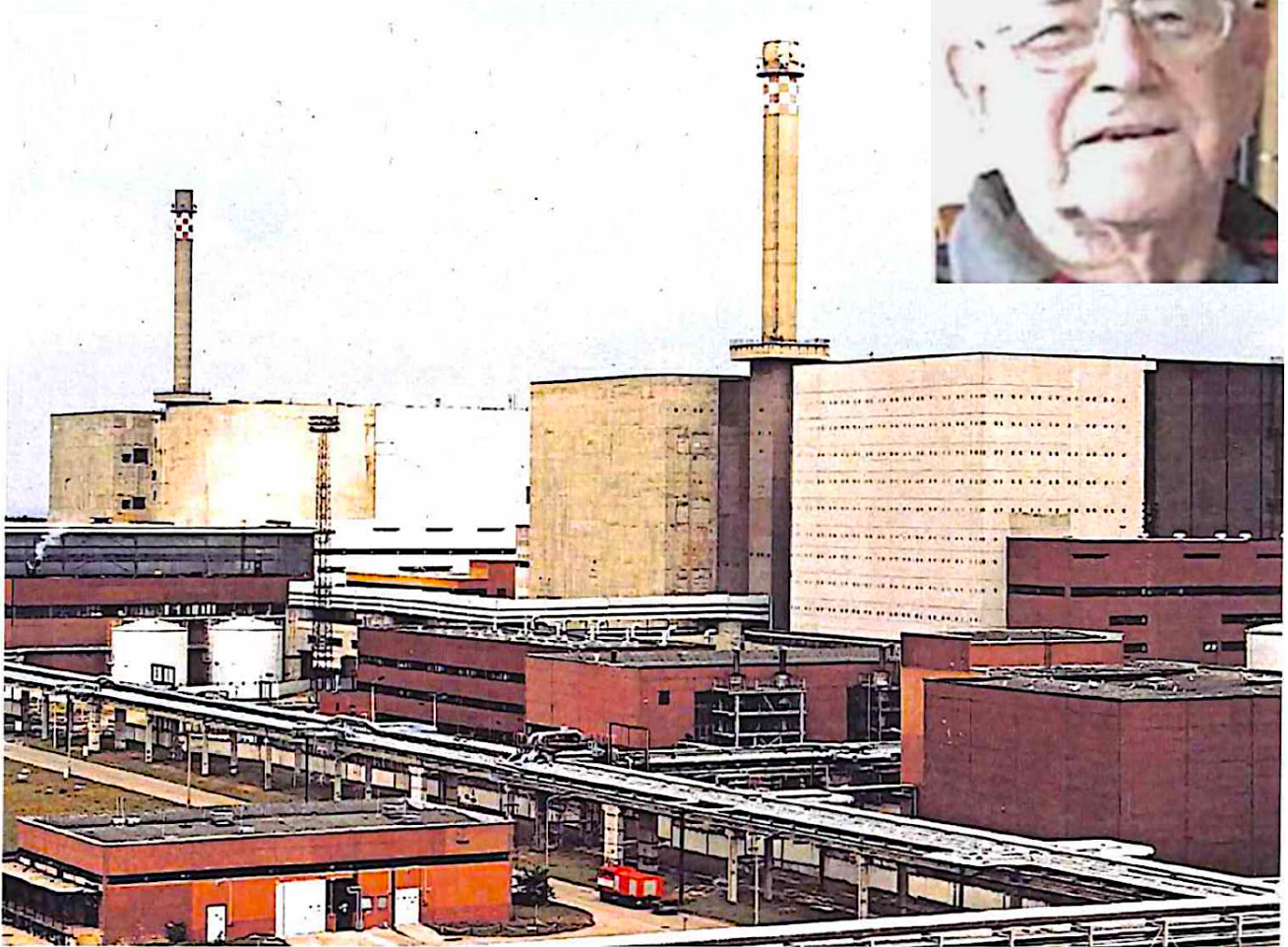
den Staatsorganen misstrauisch beäugt, er hätte ja ein Spion sein können. Als Ex-Westler durfte er in Greifswald nicht Mitglied der Kampfgruppen werden, einer paramilitärischen Truppe, die 1953 zum

Schutz gegen die „Feinde des Sozialismus“ gegründet wurde.

„In die DDR kam ich, um den Sozialismus aufzubauen“, begründet Lafery den Wechsel in die DDR. 1957 wurde der 20-Jährige in Gera Mitglied der SED, er qualifizierte sich, war zuletzt Schichtleiter in Rheinsberg. 1972 wechselte er zunächst als Abteilungsleiter Anlagentechnik an den Bodden. „Wir kamen nach ‚Schlammwalde‘, wie Schönwalde damals allgemein genannt wurde“ erinnert er sich „Ohne Gummistiefel kam man

bei nassem Wetter nicht zum Bahnhof.“ Lafery wohnt mit seiner Frau immer noch in Schönwalde I. Mit der SED, nicht dem Sozialismus, hat er in der Wende gebrochen. „Heute weiß ich, dass keine Partei immer recht hat“, spielt er auf die 1948 von Louis Fünberg verfasste Hymne der SED an. Nach dem Parteitag im Dezember 1989, der die Umbenennung in PDS beschloss, trat er aus Enttäuschung über die Parteiführung und ihren Apparat, deren Politik, aus. 1990 ging das KKW vom Netz, obwohl Block V bis VII gesamtdeutschen Sicherheitsanforderungen entsprachen.

„Die erste Netzschaltung ist mir nicht sonderlich in Erinnerung geblieben. Es war unsere Arbeit.“ - Herbert Lafery, Zeitzeuge



Bildunterschrift: Blick auf das Kernkraftwerk Lubmin: Vier Reaktorblöcke waren in Betrieb, als 1990 die Stilllegung des Werks verkündet wurde. - FOTOS (2): PAUL GLASER, BERLIN



Bildunterschrift: *Blick in die Schaltwarte*



Bildunterschrift: *Im Dezember 1973 wurde erstmals Strom aus dem Kernkraftwerks ins Versorgungsnetz gespeist.*

fr.de (Frankfurter Rundschau) | 21.11.2023

Thomas Borchert

WEBLINK

Ausstieg aus dem Atomausstieg: Schweden baut jetzt zehn neue Atomkraftwerke

In Schweden will die konservative Regierung bis 2045 zehn neue Groß-Reaktoren in Betrieb nehmen. Dabei hatte das Volk vor vier Jahrzehnten für ein Atomkraft-Aus votiert.

Stockholm – Schwedens Rechtsregierung macht Ernst mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg. 43 Jahre nach einer Volksabstimmung und dem Reichstagsbeschluss zur Abschaltung aller zwölf Reaktoren kündigt Wirtschafts- und Energieministerin Ebba Busch an: „Schweden schickt sich an, wieder eine führende Atomkraft-Nation zu werden und auch ein Machtfaktor für den grünen Wandel.“ Mit der Inbetriebnahme zehn neuer Groß-Reaktoren bis spätestens 2045 soll die für den Industriestandort Schweden „im Prinzip notwendige Verdoppelung der Stromerzeugung“ bewältigt werden. Dafür will die Regierung Genehmigungsverfahren beschleunigen und stellt 400 Milliarden Kronen (3,5 Milliarden Euro) als staatliche Risikogarantie für private Investoren bereit.

Atomkraft in Schweden für 31 Prozent der Stromversorgung verantwortlich

Das Referendum 1979 und der Parlamentsentscheid ein Jahr später folgten der teilweisen Kernschmelze im US-Atomkraftwerk Harrisburg. Von der geplanten Stilllegung aller vier heimischen Standorte wurde nur die des Atomkraftwerks Barsebäck voll realisiert, weil es in unmittelbarer Nähe der Großstädte Malmö und Kopenhagen platziert war. Heute sind sechs der ursprünglich zwölf schwedischen Reaktoren weiter in Betrieb und stehen für 31 Prozent der Stromerzeugung. Die Wasserkraft liefert 43 Prozent, die Windkraft 20 Prozent.

„Stabiler Zugang zu fossilfreier Elektrizität mit konkurrenzfähigen Preisen ist eine wichtige Voraussetzung für Schwedens Konkurrenzkraft“, teilte die Regierung mit. Der konservative Premier Ulf Kristersson setzt voll und ganz auf die Kernkraft-Karte. Sie soll Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust verhindern. Die gut zehn Millionen Menschen im größten Land Skandinaviens kämpfen mit dem krassem Wertverlust ihre Währung Krone, hoher Inflation und steigender Arbeitslosigkeit.

Schweden: Konservative setzen auf Energie aus Atomkraftwerken

Vor diesem Hintergrund hatte das bürgerliche Lager im letzten Wahlkampf den Ausbau der Atomkraft versprochen. Damit hatte der Herausforderer Kristersson die sozialdemokratische Regierungschefin Magdalena Andersson ablösen können. Deren Partei tritt zwar auch für die Atomkraft ein, aber eher halbherzig, während das bürgerliche Lager mit großen Versprechungen um Wählerstimmen geworben hatte: Atomkraft garantiere sicheren und billigen Strom, man werde die hohen Spritpreise runterbringen, und es solle Schluss sein mit immer mehr „Wäldern aus Stahl“ – sprich Windkraftanlagen.

Hinter dem Feldzug gegen die Windenergie stehen vor allem die Schwedendemokraten (SD), von deren Stimmen Kristersson als Mehrheitsbeschafferin abhängig ist. Die rechtspopulistische SD wettet schon lange gegen die Energiequelle Wind als Symbol für „Klimaspinnertum“. Mit Folgen: Im Regierungsprogramm einigte man sich darauf, die kommunalen Einspruchsmöglichkeiten gegen neue Windkraftanlagen kräftig zu erweitern. Und propagierte die Atomkraft als vorgeblich einzig zuverlässige Möglichkeit, sowohl ausreichend sowie billigen und auch CO₂-freien Strom zu erzeugen.

Schwenk bei der Klimapolitik in Schweden

Das Ziel der schwedischen Klimapolitik hat die Regierung deshalb kurzerhand umdefiniert von 100 Prozent „nachhaltig“ auf 100 Prozent „fossilfrei“. Im Zentrum der Debatte steht aber weder diese klimapolitische Weichenstellung noch das ungelöste Problem der Endlagerung radioaktiven Abfalls. Gestritten wird vor allem über die Kosten.

Atomkraft sei viel zu teuer, argumentierten die Sozialdemokraten, bis ihnen das Wahlergebnis und Meinungsumfragen ein Umschwenken schmackhaft ge-

macht haben. Im Reichstag halten nur noch die Links- und die Umweltpartei an der Anti-Atomkraft-Linie fest. Und selbst die grüne Jugend der „Miljöparti“ findet, dass ohne Kernkraftwerke keine klimapolitischen Ziele erreichen werden können. Als die Chefin des staatli-

chen Energiekonzerns Vattenfall, Anna Borg, nicht begeistert genug auf die Ausbaupläne der Regierung reagierte, sagte SD-Chef Jimmie Åkesson im Interview: „Es ist Zeit, sie auszuwechseln.“

Lübecker Nachrichten

📰 Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger | 22.11.2023 | S. 7

📄 Auflage: 24.818 | Reichweite: 87.023

👤 Sönke Möhl

AKW Brunsbüttel: Abbau in neuer Phase

Vorwärmerbühne wird bis Herbst 2024 zerlegt

Beim Abbau des ausgedienten Atomkraftwerks in Brunsbüttel hat ein neues Großprojekt begonnen. Die rund 1000 Tonnen schwere Vorwärmerbühne soll zerlegt und abgefahren werden, teilte der Betreiber Vattenfall zu einem Termin vor Ort gestern mit.

In dem Anlagenteil wurde das sogenannte Speisewasservorgewärmt, bevor es in den Reaktordruckbehälter zur Dampferzeugung geführt wurde. Die Vorwärmung erhöhte den Wirkungsgrad der Anlage.

Die Arbeiten hatten am 18. September begonnen und sollen voraussichtlich bis zum nächsten Herbst dauern. Ziel des Abbaus der fast 800 Quadratmeter großen Vorwärmerbühne sei auch, Platz für weitere Arbeiten zu schaffen.

Beim Rückbau des Kraftwerks fallen nach Angaben des Unternehmens insgesamt rund 300 000 Tonnen Material an. Der überwiegende Teil von rund 246 500 Tonnen Bauschutt und 21 000 Tonnen Metall soll

in den konventionellen Stoffkreislauf zurückgegeben werden.

Mehr als 23 500 Tonnen Material müssen aber deponiert werden. Darunter seien 16 800 Tonnen Beton aus dem Kontrollbereich des Kraftwerks, 390 Tonnen Dämm- und Dichtungsmaterial, 4000 Tonnen Aushub und 400 Tonnen Eternitplatten. Außerdem sollen Brandschutztüren, asbesthaltige Materialien und Beton mit schadstoffhaltigen Beschichtungen deponiert werden. Bis zu 9000 Tonnen radioaktiver Abfall sollen bis 2033 ins Endlager Schacht Konrad und in das zukünftige Endlager für Brennelemente kommen.

Der Rückbau des Atomkraftwerks Brunsbüttel hatte Ende 2018 begonnen. Das Kraftwerk war 1977 in Betrieb gegangen und hatte bis 2007 Strom produziert. Es hatte eine Leistung von 771 Megawatt. Das entspricht der installierten Leistung von 154 Windrädern mit je 5 Megawatt.